

Postmonopol und Grundgesetz

Zur verfassungsrechtlichen Begrenzung
postrechtlicher Exklusivrechte

Von

Rupert Scholz



Duncker & Humblot · Berlin

Inhalt

I. Problemstellung: Perpetuierung des sektoralen Teilmonopols im Bereich der Briefbeförderung im Lichte von Privatisierung und Liberalisierung des Postwesens in Deutschland	9
1. Gesetzliche und politische Rahmenbedingungen und Determinanten der gegenwärtigen Marktsituation im Postsektor	9
a) Europarechtliche Regulierungsstruktur im Sinne wettbewerbsorientierter Privatisierungs- und Liberalisierungspolitik	9
b) Nationalrechtlicher Gesetzesrahmen in Deutschland im grundgesetzlichen Kontext	11
2. Gegenwärtige wettbewerbsrechtliche und wettbewerbspolitische Situation auf dem deutschen Postmarkt	14
3. Europapolitische Signalsetzung für konsequente Fortführung der Entmonopolisierung pro Futuro	16
4. Perpetuierung des sektoralen Teilmonopols als Verfassungsfrage	17
II. Privatisierung des Postwesens – Der grundgesetzliche Ordnungsrahmen	19
1. Die Postreform von 1994	19
2. Verfassungsrechtliche Entwicklungsstufen	21
3. Privatisierung und Staatsziel Infrastruktur	22
4. Hoheitliche Regulierungskompetenz des Bundes	24
5. Schonender Reformübergang	26
6. Temporäre Beibehaltung von Monopolrechten	28
III. Die gesetzliche Exklusivlizenz der DPAG gemäß § 51 I 1 PostG	32
1. Gesetzgebungsverfahren	32
2. Wirtschaftliche Bedeutung	36
IV. Zur realen Wettbewerbssituation auf dem Markt der Briefdienstleistung in Deutschland	38
1. Kritik an Monopolstruktur und Marktverhalten durch nationale Stellen	38
a) Sondergutachten der Monopolkommission	38
b) Unterrichtung durch die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post	40

2. Lizenzierungspolitik und wettbewerbsrechtliche Klageverfahren	41
a) Marktbeherrschung der DPAG trotz Lizenzvergabe an sonstige Anbieter	41
b) Situation bei wettbewerbsrechtlichen Klageverfahren und Regulierungsbedarf	44
3. Wettbewerbsrechtliche Einschätzungen durch die EU-Kommission	46
4. Marktbeherrschende Wettbewerbsposition	48
V. Verlängerung der Exklusivlizenz als Verstoß gegen das Ordnungsmodell des Art. 87 f, 143 b GG	49
VI. Verlängerte Exklusivlizenz als Grundrechtsverstoß	56
1. Privatwirtschaftliche und wettbewerbliche Grundoption gemäß Art. 87 f, 143 b GG	56
2. Grundrechtliche Gewährleistungsdeterminanten	56
3. Zur Lehre vom Verwaltungsmonopol	58
a) Allgemeines	58
b) Zur Monopol-Rechtsprechung des BVerfG	59
4. Monopolisierung als tatbestandlicher Grundrechtseingriff	63
a) Grundrechtsrelevante Spielarten des Verwaltungsmonopols	63
b) Exklusivlizenz als Monopoltatbestand	64
5. Verstoß gegen die Berufs- und Gewerbefreiheit gemäß Art. 12 I GG	66
a) Maßstabsqualität des Art. 12 I GG	66
b) Reale Beschränkung der freien Berufswahl	67
c) Verletzung des rechtsstaatlichen Vertrauensschutzes	70
6. Verstoß gegen die Eigentumsgarantie des Art. 14 GG	71
7. Verstoß gegen die allgemeine Wirtschaftsfreiheit	72
8. Verstoß gegen Wettbewerbsfreiheit und Wettbewerbsgleichheit	72
a) Verstoß gegen das Grundrecht der Wettbewerbsfreiheit	72
b) Verstoß gegen das Grundrecht der Wettbewerbsgleichheit	73
9. Zusammenfassung	73
VII. Europarechtliche Initiative für weitere Liberalisierungsschritte nach 2003 als politisches Signal zur Reduzierung der verbliebenen nationalen Monopole ...	74
1. Senkung der Grenzen für reservierte Universaldienstleistungen (Monopole)	74
2. Sanktionierung des Missbrauchs von Quersubventionierung	76
VIII. Gesamtergebnis	78
Ausgewähltes Schrifttum	87